Antrag Nr. 10

der Fraktion **FCG-ÖAAB**

an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Nein zur Sonntagsöffnung durch die Hintertür

Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die Bundesregierung auf, von der Möglichkeit einer zukünftigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten für Nahversorger abzusehen.

Begründung:

Im Rahmen des Regierungsübereinkommens von ÖVP/SPÖ und Neos wurde vereinbart, dass es zu einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten für Nahversorger kommen wird, die gänzlich digital oder in Randzeiten digital und ohne angestelltes Personal betrieben werden. Diese werden aus dem Öffnungszeitengesetz ausgenommen.

Es ist jedoch wichtig, dass eine mögliche Flexibilisierung der Öffnungszeiten im Einklang mit dem Schutz des arbeitsfreien Sonntags steht und nicht auf Mitarbeiter:innen ausgedehnt wird. Ein solcher Trend zur Sonntagsarbeit würde nicht nur das familiäre Zusammenleben und Ehrenamt gefährden, sondern auch die gesellschaftliche Struktur und den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen. Für viele Menschen ist der Sonntag der einzige Tag für Erholung und für gemeinschaftliche Aktivitäten.

Eine Veränderung des arbeitsfreien Sonntags hätte demnach nicht nur negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bevölkerung, sondern auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Umwelt. Ein Anstieg des Verkehrsaufwands und der damit verbundenen Emissionen ist zu erwarten. Aus diesem Grunde ist es von relevanter Wichtigkeit, den arbeitsfreien Sonntag gesetzlich zu schützen und dessen Bedeutung für das gesellschaftliche Leben zu bewahren.

Eine mögliche Ausnahme für digitale Nahversorger sollte nur unter der Voraussetzung gewährt werden, dass diese Unternehmen sich eindeutig zum freien Sonntag bekennen und die Einhaltung sozialer Normen gewährleisten.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich